



Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 22. April bis 25. April 2024 Straßburg

Stärkung des Rechts der Verbraucher auf Reparatur

Das Europaparlament will neue Regeln zur Förderung der Reparatur von Waren verabschieden, die zu einem nachhaltigen Konsum von Gütern führen und die Kosten für Neuanschaffungen senken.

5

Endgültige Abstimmung über neue EU-Vorschriften für nachhaltigere Verpackungen

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über die überarbeiteten Vorschriften zur Verringerung, Wiederverwendung und zum Recycling von Verpackungen ab.

6

Erstes EU-Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Abstimmung über neue Regeln, um Vergewaltigungen zu verhindern und die Sensibilisierung für das Konzept der Einwilligung zu stärken.

7

Luftverschmutzung: Neue Regeln zur Verbesserung der Luftqualität bis 2030

Das neue Gesetz zielt darauf ab, die Luftverschmutzung in der EU zu senken, für eine sauberere und gesündere Umwelt, im Einklang mit dem Null-Schadstoff-Ziel der EU für 2050.

8

Geldwäschebekämpfung: Einheitliches EU-Regelwerk und neue Aufsichtsbehörde

Debatte und Abstimmung über Pläne zur Verstärkung der EU-Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und der Umgehung von Sanktionen.

9

Endabstimmung über das Lieferkettengesetz

Das Parlament will am Mittwoch über die mit dem Rat vereinbarten Regeln abstimmen, die Unternehmen verpflichten sollen, Menschenrechte und Umweltnormen in den Lieferketten berücksichtigen.

11

Plattformarbeiter: Endgültige Abstimmung über neue Regeln

Am Mittwoch wollen die Abgeordneten neue Vorschriften zur Verbesserung der Bedingungen für Arbeitnehmer auf digitalen Arbeitsplattformen verabschieden.

12

Angriff des Irans auf Israel

Am Mittwoch erörtern die Abgeordneten den Angriff des Irans auf Israel, die Notwendigkeit einer Deeskalation und einer Reaktion der EU. Am Donnerstag stimmen sie über eine Resolution ab.

13

Abgeordnete bewerten Ergebnisse des EU-Gipfels

Die Abgeordneten werden die Ergebnisse der letzten Tagungen des Europäischen Rates, einschließlich des Sondergipfels in dieser Woche, bewerten.

14

Das Parlament feiert 20. Jahrestag der größten EU-Erweiterung

Am Mittwochmorgen feiern Abgeordnete, Vertreter der EU und der Mitgliedsstaaten sowie junge Menschen, die im Mai 2004 geboren wurden, den Beitritt von zehn Ländern zur EU vor 20 Jahren.

15

Endgültige Abstimmung über aktualisierte EU-Schuldenregeln

Die Überarbeitung wird die EU-Länder ermutigen, sich zu nationalen Reformen zu verpflichten, investitionsfreundlicher zu sein und zu einem besseren Schuldenabbau zu führen.

16

EU-Agrarpolitik: Bessere Unterstützung für Landwirte

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über gezielte Anpassungen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab. Der Verwaltungsaufwand soll verringert und die Flexibilität für Landwirte erhöht werden.

17

Gremium für ethische Normen: Abstimmung über interinstitutionelle Vereinbarung

Das Gremium soll gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln und auslegen sowie Berichte darüber veröffentlichen, wie diese in internen Vorschriften angewendet wurden.

19

Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem EU-Markt

Am Dienstag will das Plenum endgültig über neue Regeln abstimmen, die es der EU ermöglichen, den Verkauf, die Einfuhr und die Ausfuhr von in Zwangsarbeit hergestellten Waren zu verbieten.

20

Menschenhandel: Stärkung der Strafverfolgung und der Rechte der Opfer

Das Parlament stimmt über die erneuerten Vorschriften zur wirksameren Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer ab.

21

Israelische Angriffe auf Gaza

Am Dienstagnachmittag erörtern die Abgeordneten die Reaktion der EU auf die anhaltende Tötung von Zivilisten im Gazastreifen.

22

Abgeordnete ziehen Bilanz über angebliche russische Einmischung im Parlament

Thema einer für Donnerstag geplanten Entschließung sind die mutmaßlichen russischen Versuche der Beeinflussung im Parlament und in Bezug auf die bevorstehende Europawahl. 23

Russland: Debatte über Ergebnis der Präsidentschaftswahl

Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine Entschließung zur jüngsten, als inszeniert geltenden Präsidentschaftswahl in Russland ab. 24

Schnellere grenzüberschreitende Ermittlungen bei Verkehrsdelikten

Um rücksichtsloses Fahren im EU-Ausland zu verhindern, wollen die Abgeordneten die Liste der strafbaren Verstöße von gebietsfremden Fahrern erweitern und Schlupflöcher schließen. 25

Ökodesign: Nachhaltige Produkte sollen zur Norm werden

Neue "Ökodesign"-Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass in der EU verkaufte Produkte langlebiger sind und sich leichter reparieren, nachrüsten und wiederverwerten lassen. 26

Europäischer Behindertenausweis und Parkausweis

In einer Debatte am Dienstag und Abstimmung am Mittwoch wollen die Abgeordneten den ersten EU-weiten Behindertenausweis und Parkausweis für Menschen mit Behinderungen annehmen. 27

EU-Hilfen für entlassene Arbeitnehmer in Dänemark und Deutschland

Die Abgeordneten wollen 1,9 Millionen Euro für 390 entlassene Schlachthaus-Arbeiter in Dänemark und 3 Millionen Euro für 835 Stahlarbeiter in Deutschland bewilligen. 28

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung 29

<http://www.europarl.europa.eu/news/de/agenda/briefing/2024-04-22>

Schwerpunkte der Plenarsitzung vom 22. April bis 25. April 2024 - Straßburg

Weitere Informationen

[Tagesordnung](#)

[Live-Übertragungen der Plenartagung auf EP Live](#)

[Pressekonferenzen und weitere Veranstaltungen auf EP Live](#)

[EP Multimedia Centre](#)

[Online-Pressemappe zur Europawahl](#)

Kontakt

Andreas KLEINER

Editorial Coordinator / Press Officer (DE)

☎ (+32) 2 28 32266 (BXL)

☎ (+33) 3 881 72336 (STR)

📱 (+32) 498 98 33 22

✉ andreas.kleiner@europarl.europa.eu

Armin WISDORFF

Pressereferent

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

📱 (+32) 498 98 13 45

✉ armin.wisdorff@europarl.europa.eu

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Thilo KUNZEMANN

Pressereferent in Deutschland

☎ (+49) 30 2280 1030

📱 (+49) 171 388 4775

✉ thilo.kunzemann@europarl.europa.eu

✉ presse-berlin@europarl.europa.eu

🐦 [@europarl_de](https://twitter.com/europarl_de)

Maren HÄUSSERMANN

Pressereferentin in Österreich

☎ (+43) 1 516 17217

📱 (+43) 660 4444 330

✉ maren.haesslermann@europarl.europa.eu

Stärkung des Rechts der Verbraucher auf Reparatur

Das Europaparlament will neue Regeln zur Förderung der Reparatur von Waren verabschieden, die zu einem nachhaltigen Konsum von Gütern führen und die Kosten für Neuanschaffungen senken.

Am Montagabend diskutieren die Abgeordneten über eine [vorläufige Einigung](#) mit den Mitgliedstaaten über das so genannte „Recht auf Reparatur“ für Verbraucher. Die Abstimmung darüber findet am Dienstag statt. Die neuen Regelungen sollen die Reparatur von Waren während der gesetzlichen Gewährleistungsfrist und darüber hinaus erleichtern. Darüber hinaus wird es für Verbraucherinnen und Verbraucher möglich gemacht, von Herstellern die Reparatur von Produkten zu verlangen, die nach EU-Recht technisch reparierbar sind (z. B. Waschmaschinen, Staubsauger oder Mobiltelefone).

Zur Unterstützung der Reparaturindustrie und zur Belebung des EU-Reparaturmarktes wird eine europäische Online-Plattform eingeführt. Auf dieser Plattform können Nutzer lokale Werkstätten oder Verkäufer überholter Waren finden. Die neuen Vorschriften erleichtern zudem den Zugang zu Ersatzteilen, Werkzeugen und Wartungsinformationen und verbieten die Verwendung von Hard- und Software, die Reparaturen erschweren.

Debatte: Montag, 22. April

Abstimmung: Dienstag, 23. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Dienstag, 23. April um 14:30 Uhr

Weitere Informationen

[Text der vorläufigen Einigung](#)

[„Auf einen Blick“ - Aktuelle Informationen zum Thema](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Right to repair: Strengthened consumer rights“ \(September 2023, auf Englisch\)](#)

Endgültige Abstimmung über neue EU-Vorschriften für nachhaltigere Verpackungen

Am Mittwoch stimmen die Abgeordneten über die überarbeiteten Vorschriften zur Verringerung, Wiederverwendung und zum Recycling von Verpackungen ab.

Die Gesetzgebung, die [vorläufig mit dem Rat vereinbart](#) wurde, zielt darauf ab, die in der EU verwendeten Verpackungen sicherer und nachhaltiger zu gestalten. Die Vorschriften sehen vor, dass alle Verpackungen wiederverwertbar sein müssen. Der Gehalt schädlicher Stoffe muss sinken, unnötige Verpackungen reduziert, die Sammlung sowie das Recycling verbessert und der Anteil an recyceltem Inhalt erhöht werden.

Hintergrund

Im Jahr 2018 wurde mit Verpackungen in der EU ein Umsatz von 355 Mrd. EUR erzielt. Sie sind eine [ständig wachsende Abfallquelle](#); das Gesamtaufkommen in der EU ist von 66 Millionen Tonnen im Jahr 2009 auf 84 Millionen Tonnen im Jahr 2021 gestiegen. Im Jahr 2021 erzeugten die Europäer 188,7 kg Verpackungsabfälle pro Person, eine Zahl, die ohne zusätzliche Maßnahmen voraussichtlich auf 209 kg im Jahr 2030 ansteigen wird.

Abstimmung: Mittwoch, 24. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Vereinbarter Gesetzestext](#)

[„Auf einen Blick“: Aktuelle EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Frédérique Ries \(Renew Europe, BE\)](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Revision of the Packaging and Packaging Waste Directive“ \(November 2023, auf Englisch\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Erstes EU-Gesetz zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen

Abstimmung über neue Regeln, um Vergewaltigungen zu verhindern und die Sensibilisierung für das Konzept der Einwilligung zu stärken.

Weibliche Genitalverstümmelung und Zwangsheirat sollen als Straftatbestände in das EU-Recht aufgenommen werden.

Nach der Einigung zwischen Parlament und Rat stehen die ersten EU-Vorschriften zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt am Dienstag zur Debatte und am Mittwoch zur Abstimmung. Die neue Richtlinie wird Zwangsheirat und weibliche Genitalverstümmelung verbieten und spezielle Regeln für Cyberkriminalität, wie z.B. „Cyberflashing“ und „Cyberstalking“, enthalten. Die Opfer werden einen besseren Zugang zur Justiz und zur Gesundheitsversorgung, der Dienste im Bereich der sexuellen und reproduktiven Gesundheit, erhalten. Die Rechtsvorschriften werden ebenfalls Bestimmungen zur Verhinderung von Vergewaltigungen enthalten.

Debatte: Dienstag, 23. April

Abstimmung: Mittwoch, 24. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[„Auf einen Blick“: Aktuelle EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin des Ausschusses für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter: Frances Fitzgerald \(EVP, IE\)](#)

[Berichterstatterin für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten: Evin Incir \(S&D, SE\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen \(Studie\) - „Definitions of rape in the legislation of EU Member States“ \(Januar 2024, auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundbriefing - „Combating violence against women and domestic violence“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Gewalt gegen Frauen\)](#)

Luftverschmutzung: Neue Regeln zur Verbesserung der Luftqualität bis 2030

Das neue Gesetz zielt darauf ab, die Luftverschmutzung in der EU zu senken, für eine sauberere und gesündere Umwelt, im Einklang mit dem Null-Schadstoff-Ziel der EU für 2050.

Die Einigung zwischen Rat und Parlament sieht für 2030 strengere Grenz- und Zielwerte für mehrere Schadstoffe mit erheblichen Auswirkungen auf die Gesundheit des Menschen vor, darunter Feinstaub und Partikel (PM 2,5 und PM 10), Stickstoffdioxid (NO₂) und Schwefeldioxid (SO₂). Durch die neuen Vorschriften werden auch die derzeit zersplitterten Luftqualitätsindizes in der EU vergleichbar, klar und öffentlich zugänglich.

Bei Verstößen gegen die neuen nationalen Vorschriften können die von der Luftverschmutzung Betroffenen rechtliche Schritte einleiten, und die Bürgerinnen und Bürger können eine Entschädigung erhalten, wenn ihre Gesundheit geschädigt wurde.

Hintergrund

Die Luftverschmutzung ist nach wie vor die häufigste umweltbedingte Ursache für vorzeitige Todesfälle in der EU. Jährlich sterben etwa 300 000 Menschen an den Folgen der Luftverschmutzung ([hier erfahren Sie, wie sauber die Luft in den europäischen Städten ist](#)).

Abstimmung: Mittwoch, 24. April

Verfahren: ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Infoclip: Qualität der Umgebungsluft](#)

[Wie sauber ist die Luft in meiner Stadt? \(Europäische Umweltagentur\)](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - Bessere Luftqualität für Europa \(06.09.2023\)](#)

[EP- Hintergrundinformationen - „Revision of EU air quality legislation: Setting a zero pollution objective for air“ \(auf Englisch\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Geldwäschebekämpfung: Einheitliches EU-Regelwerk und neue Aufsichtsbehörde

Debatte und Abstimmung über Pläne zur Verstärkung der EU-Maßnahmen zur Bekämpfung von Geldwäsche, Terrorismusfinanzierung und der Umgehung von Sanktionen.

Ein neues Gesetzespaket ermöglicht den Zugang zu Informationen über die wirtschaftlichen Eigentümer und gibt den zentralen Meldestellen (*Financial Intelligence Units, FIU*) mehr Befugnisse, um Fälle von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung zu analysieren und aufzudecken sowie verdächtige Transaktionen auszusetzen. Die Abgeordneten sorgten dafür, dass Profifußballvereine ab 2029 verpflichtet sind, die Identität ihrer Kunden zu überprüfen, Transaktionen zu überwachen und verdächtige Transaktionen an die FIU zu melden, wenn sie an Transaktionen beteiligt sind. Sie erreichten auch, dass ultra-reiche Personen (Personen mit einem Gesamtvermögen von mindestens 50 Mio. Euro, Hauptwohnsitz nicht mit eingerechnet) einer verstärkten Überwachung unterzogen werden. Zu den Bestimmungen gehört eine EU-weite Obergrenze für Barzahlungen über große Beträge von 10 000 EUR.

In [Frankfurt](#) wird eine neue Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung (*Authority for anti-money laundering and countering the financing of terrorism, AMLA*) eingerichtet, die die risikoreichsten Finanzunternehmen direkt beaufsichtigen, bei Versagen der Aufsichtsbehörden eingreifen und als zentrale Drehscheibe und Vermittler für die Aufsichtsbehörden fungieren soll.

Das Paket zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung (AML/CFT), das am Mittwoch zur Debatte und zur Abstimmung steht, wurde im Januar mit dem Rat vereinbart. Es umfasst die [sechste Richtlinie](#) zur Bekämpfung der Geldwäsche (AML), die EU-Verordnung über das [einheitliche Regelwerk](#) (Single Rulebook) und die [Behörde zur Bekämpfung der Geldwäsche](#).

Debatte: Mittwoch, 24. April

Abstimmungen: Mittwoch, 24. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[„Auf einen Blick“ - Aktuelle EP-Hintergrundinformationen zum Paket zur Bekämpfung von Geldwäsche](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Richtlinie\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Verordnung\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(GwG-Verordnung\)](#)

[EP-Hintergrundbriefing - „Anti-money-laundering authority \(AMLA\): Countering money laundering and the financing of terrorism“ \(auf Englisch\)](#)

[Webseite der EU-Kommission - „EU context of anti-money laundering and countering the financing of terrorism“ \(auf Englisch\)](#)

Endabstimmung über das Lieferkettengesetz

Das Parlament will am Mittwoch über die mit dem Rat vereinbarten Regeln abstimmen, die Unternehmen verpflichten sollen, Menschenrechte und Umweltnormen in den Lieferketten berücksichtigen.

Die neue Richtlinie sieht vor, dass Unternehmen und ihre vor- und nachgelagerten Partner negative Auswirkungen ihrer Tätigkeiten auf die Menschenrechte und die Umwelt, wie Kinderarbeit, Sklaverei, Umweltverschmutzung oder Verlust der biologischen Vielfalt, ermitteln und erforderlichenfalls verhindern, beenden oder abmildern müssen. Sie gilt für EU- und Nicht-EU-Unternehmen und Muttergesellschaften mit mehr als 1000 Beschäftigten und einem Umsatz von über 450 Millionen Euro. Die Unternehmen müssen einen Übergangsplan zur Begrenzung der Erderwärmung auf 1,5° umsetzen, um ihr Geschäftsmodell mit dem [Pariser Abkommen](#) in Einklang zu bringen.

Die Mitgliedstaaten werden eine Aufsichtsbehörde benennen, die das Verhalten der Unternehmen untersucht und Sanktionen gegen Unternehmen verhängt, die die Vorschriften nicht einhalten, darunter Geldstrafen von bis zu 5 % ihres weltweiten Nettoumsatzes. Die Unternehmen werden auch schadenersatzpflichtig sein und müssen ihre Opfer entschädigen.

Hintergrund

Der am 23. Februar 2022 vorgelegte [Kommissionsvorschlag](#) steht im Einklang mit der [Forderung des Europäischen Parlaments aus dem Jahr 2021](#) nach verbindlichen Rechtsvorschriften über die Sorgfaltspflichten. Er ergänzt andere bestehende und künftige Rechtsakte wie die [Verordnung über Entwaldung](#), die [Verordnung über Konfliktmineralien](#) und den [Entwurf einer Verordnung über ein Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem Unionsmarkt](#).

Abstimmung: Mittwoch, 24. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren

Pressekonferenz: Mittwoch, 24. April um 15.00 Uhr mit der Berichterstatterin [Lara Wolters](#) (S&D, NL)

Weitere Informationen

[Text der vorläufigen Einigung mit den EU-Ländern](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Sorgfaltspflichten von Unternehmen im Hinblick auf Nachhaltigkeit“](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Lara Wolters \(S&D, NL\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Plattformarbeiter: Endgültige Abstimmung über neue Regeln

Am Mittwoch wollen die Abgeordneten neue Vorschriften zur Verbesserung der Bedingungen für Arbeitnehmer auf digitalen Arbeitsplattformen verabschieden.

Die neuen Regeln, auf die sich Parlament und Rat bereits [im Februar geeinigt](#) haben, würden regeln, wie der Beschäftigungsstatus von Plattformarbeitern korrekt zu bestimmen ist, und Scheinselbstständigkeit korrigieren.

Das Gesetz führt eine Vermutung eines Beschäftigungsverhältnisses (im Gegensatz zur Selbstständigkeit) ein, die ausgelöst wird, wenn Tatsachen auf eine Kontrolle und Steuerung hindeuten, der in den Mitgliedstaaten geltenden Rechtsvorschriften und Tarifverträgen und unter Berücksichtigung der EU-Rechtsprechung.

Die Richtlinie regelt auch - zum ersten Mal in der EU - die Verwendung von Algorithmen am Arbeitsplatz. Eine Person, die auf einer Plattform arbeitet, darf nicht aufgrund einer Entscheidung entlassen werden, die ein Algorithmus oder ein automatisiertes Entscheidungssystem getroffen hat: Die Plattformen müssen sicherstellen, dass wichtige Entscheidungen, die sich direkt auf die Beschäftigten der Plattform auswirken, von Menschen überwacht werden. Außerdem wird den Plattformen die Verarbeitung bestimmter Arten von personenbezogenen Daten untersagt.

Abstimmung: Mittwoch, 24. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz: Mittwoch, 24. April, 15.30 Uhr mit Berichterstatterin [Elisabetta Gualmini](#) (S&D, IT)

Weitere Informationen

[„Auf einen Blick“ - Aktuelle EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Pressemitteilung nach der Einigung mit dem Rat \(08.02.2024, auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundbriefing: „Improving the working conditions of platform workers“ \(auf Englisch\)](#)

Angriff des Irans auf Israel

Am Mittwoch erörtern die Abgeordneten den Angriff des Irans auf Israel, die Notwendigkeit einer Deeskalation und einer Reaktion der EU. Am Donnerstag stimmen sie über eine Resolution ab.

Die Präsidentin des Europäischen Parlaments, Roberta Metsola, bezeichnete den Drohnen- und Raketenangriff des Irans auf Israel am 20. und 21. April als eine große Eskalation in der Region und warnte vor der Gefahr, dass dadurch weiteres Chaos im gesamten Nahen Osten ausgelöst werden könnte.

Die Abgeordneten werden die Situation in einer Schlüsseldebatte am Mittwochmorgen bewerten, gefolgt von einer Resolution, über die sie am Donnerstag abstimmen werden.

Debatte: Mittwoch, 24. April

Abstimmung: Donnerstag, 25. April

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Abgeordnete bewerten Ergebnisse des EU-Gipfels

Die Abgeordneten werden die Ergebnisse der letzten Tagungen des Europäischen Rates, einschließlich des Sondergipfels in dieser Woche, bewerten.

Im Mittelpunkt der Debatte am Dienstagmorgen stehen die Wettbewerbsfähigkeit der EU und ihre strategische Agenda. Es wird erwartet, dass die Abgeordneten auch Fragen der Außenbeziehungen und die derzeitige instabile geopolitische Lage ansprechen werden. Der laufende Krieg Russlands gegen die Ukraine und die Unterstützung der EU für die Verteidigung der Ukraine sowie die jüngsten Entwicklungen in Bezug auf Israels Operation im Gazastreifen und die Spannungen im Nahen Osten werden im Mittelpunkt der Debatte stehen. Auch die Beziehungen zwischen der EU und der Türkei stehen auf der Tagesordnung des Europäischen Rates.

Debatte: Dienstag, 23. April

Erklärungen von Rat und Kommission, ohne Entschließung

Weitere Informationen

[Einladung von Präsident Charles Michel an die Mitglieder des Europäischen Rates](#)
[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Das Parlament feiert 20. Jahrestag der größten EU-Erweiterung

Am Mittwochmorgen feiern Abgeordnete, Vertreter der EU und der Mitgliedsstaaten sowie junge Menschen, die im Mai 2004 geboren wurden, den Beitritt von zehn Ländern zur EU vor 20 Jahren.

EP-Präsidentin Roberta Metsola, Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, der ehemalige EP-Präsident Pat Cox und der ehemalige Kommissionspräsident Romano Prodi werden an einer feierlichen Sitzung des Parlaments anlässlich des 20. Jahrestages der EU-Erweiterungsrunde 2004 teilnehmen.

Sie werden von Vertretern aus den zehn Ländern begleitet, die vor 20 Jahren der EU beigetreten sind.

Während des Festakts werden die Gäste Fragen einer Gruppe junger Menschen aus den neuen Mitgliedstaaten beantworten, die am oder um den 1. Mai 2004 geboren und eingeladen wurden, an der Sitzung teilzunehmen.

Die Zeremonie endet mit Beethovens Ode an die Freude, vorgetragen vom A-Capella-Chor „Voix de Stras“.

Hintergrund

Am 1. Mai 2004 traten Zypern, Tschechien, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakei und Slowenien der Europäischen Union bei. Dies war die größte EU-Erweiterung in ihrer Geschichte.

Endgültige Abstimmung über aktualisierte EU-Schuldenregeln

Die Überarbeitung wird die EU-Länder ermutigen, sich zu nationalen Reformen zu verpflichten, investitionsfreundlicher zu sein und zu einem besseren Schuldenabbau zu führen.

Mit den Rechtsvorschriften, die im Februar vorläufig mit dem Rat vereinbart wurden, soll ein neues System von Haushaltsregeln eingeführt werden, das die öffentlichen Finanzen der Mitgliedstaaten nach der Coronapandemie wieder auf ein tragfähiges Niveau bringt. Gleichzeitig wird das Gesetz erheblich mehr Spielraum für wichtige Investitionen in prioritären Bereichen wie dem Klima und dem digitalen Wandel schaffen. Die Vorschriften werden auch die sozialen Prioritäten besser berücksichtigen und einen besseren Dialog zwischen den nationalen Regierungen und den EU-Institutionen ermöglichen, wodurch die nationale Eigenverantwortung gestärkt wird.

Hintergrund

Die derzeitigen Regeln für Haushaltsdefizite und Staatsschulden wurden nach dem Ausbruch der Coronapandemie und dem erheblichen Finanzbedarf der öffentlichen Hand zu deren Bekämpfung ausgesetzt. Nach der Pandemie herrschte Einigkeit darüber, dass eine Überarbeitung der Vorschriften notwendig war. Die Kommission legte im April 2023 einen Vorschlag vor, der aus drei Rechtsakten bestand.

Debatte: Dienstag, 23. April

Abstimmung: Dienstag, 23. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren und Konsultationsverfahren

Weitere Informationen

[„Auf einen Blick“ - Aktuelle EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Vorläufige Einigung - Präventive Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Präventive Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts \(Wirksame Koordinierung der Wirtschaftspolitik und multilaterale haushaltspolitische Überwachung\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Korrigierende Komponente des Stabilitäts- und Wachstumspakts \(Geldbußen\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten - Regeln für die Haushaltsrahmen](#)

[Berichtersteller Markus Ferber \(EVP, DE\)](#)

[Berichterstellerin Margarida Marques \(S&D, PT\)](#)

EU-Agrarpolitik: Bessere Unterstützung für Landwirte

Am Donnerstag stimmen die Abgeordneten über gezielte Anpassungen der Gemeinsamen EU-Agrarpolitik ab. Der Verwaltungsaufwand soll verringert und die Flexibilität für Landwirte erhöht werden.

Um die Verabschiedung der Maßnahmen zu beschleunigen, hat das [Parlament beschlossen](#), den Vorgang im [Dringlichkeitsverfahren](#) zu behandeln. Der von der Kommission vorgelegte [Vorschlag](#) sieht eine Überarbeitung der Verordnung über die [Strategiepläne der Gemeinsamen Agrarpolitik](#) (GAP) und der [horizontalen GAP-Verordnung](#) vor. Die Abgeordneten werden über den Kommissionsvorschlag mit den vom [Rat vorgeschlagenen](#) technischen Änderungen abstimmen.

In einer weiteren Abstimmung am Dienstag muss das Plenum entscheiden, ob es Einwände gegen den [Vorschlag](#) der Kommission erhebt, den Mitgliedstaaten mehr Flexibilität bei der Anwendung einer anderen GAP-Bedingung einzuräumen: der Anforderung, den Anteil von Dauergrünland an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche im Vergleich zu 2018 bei über 5% zu halten (GLÖZ-Standard 1 - „Standards für den guten landwirtschaftlichen und ökologischen Zustand“).

Hintergrund

Die GAP-Überprüfung ändert die Regeln für drei Umweltauflagen, die Landwirte erfüllen müssen, um Fördermittel zu erhalten. Außerdem wird den EU-Ländern mehr Flexibilität eingeräumt, damit sie Ausnahmen von den GAP-Standards gewähren können, wenn es Probleme bei der Anwendung dieser Standards gibt oder wenn sie durch extreme Wetterbedingungen verursacht werden. Kleine landwirtschaftliche Betriebe mit einer Fläche von weniger als zehn Hektar sollen von Kontrollen und Strafen bei Nichteinhaltung der GAP-Vorschriften ausgenommen werden.

Als Reaktion auf die Proteste der Landwirte übermittelte der Ausschussvorsitzende am 20. Februar ein [Schreiben an die Kommission](#), in dem er sechs Bereiche benannte, in denen konkrete und sofortige Maßnahmen erforderlich sind, um die Schwierigkeiten der Landwirte zu beheben.

ZUSÄTZLICHE INFORMATIONEN

Abstimmungen: Donnerstag, 25. April (Vereinfachung), Dienstag, 23. April (GLÖZ)

Verfahren: GAP-Überprüfung: ordentliches Gesetzgebungsverfahren, erste Lesung; GLÖZ 1: Verfahren für delegierte Rechtsakte

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundbriefing - „Targeted CAP amendments on environmental conditionality“ \(auf Englisch\)](#)

[Kommission: Fragen und Antworten zum Unterstützungspaket für EU-Landwirte](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien \(Gemeinsame Agrarpolitik\)](#)

Gremium für ethische Normen: Abstimmung über interinstitutionelle Vereinbarung

Das Gremium soll gemeinsame Mindeststandards für ethisches Verhalten entwickeln und auslegen sowie Berichte darüber veröffentlichen, wie diese in internen Vorschriften angewendet wurden.

Das Parlament wird am Donnerstag darüber entscheiden, ob es die Vereinbarung über die Einrichtung eines interinstitutionellen Gremiums für ethische Normen der EU billigt. Damit soll ein Rahmen für die Zusammenarbeit zwischen den Organen und Einrichtungen der EU geschaffen werden. Obwohl es den Verhandlungsführern des Parlaments gelungen ist, den Vorschlag der Kommission, der von den Abgeordneten im Juli 2023 als "unbefriedigend" bezeichnet wurde, erheblich zu verbessern, werden die Abgeordneten in der der Abstimmung vorausgehenden Debatte Fragen im Zusammenhang mit dem Umfang und den Befugnissen des geplanten Gremiums (einschließlich der begrenzten Beteiligung des Rates) aufwerfen.

Die Einigung ist das Ergebnis von Verhandlungen zwischen acht EU-Organen und -Einrichtungen auf der Grundlage eines Kommissionsvorschlags, der auf einen [Antrag des Parlaments](#) zurückgeht. Sie wurde anschließend von der Konferenz der Präsidenten des Parlaments (Parlamentspräsident und Fraktionsvorsitzende) gebilligt und der entsprechende Bericht wird am Montag in einer außerordentlichen Sitzung des Ausschusses für konstitutionelle Fragen vorgelegt.

Debatte: Donnerstag, 25. April

Abstimmung: Donnerstag, 25. April

Verfahren: Interinstitutionelle Vereinbarung

Weitere Informationen

[Aktuelle EP-Hintergrundinformationen - „Interinstitutionelles Gremium für ethische Normen“ \(16.04.2024\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichtersteller: Daniel Freund \(Grüne/EFA, DE\)](#)

[Pressemitteilung - „Parliament strengthens rules on integrity, transparency and accountability“ \(13.09.2024, auf Englisch\)](#)

[Webseite des Europäischen Parlaments: Lobbygruppen und Transparenz](#)

[Artikel 13 des Vertrags über die Europäische Union \(institutioneller Rahmen\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Verbot von in Zwangsarbeit hergestellten Produkten auf dem EU-Markt

Am Dienstag will das Plenum endgültig über neue Regeln abstimmen, die es der EU ermöglichen, den Verkauf, die Einfuhr und die Ausfuhr von in Zwangsarbeit hergestellten Waren zu verbieten.

Die Erzeugnisse würden auf der Grundlage der Ergebnisse einer von den Behörden der Mitgliedstaaten oder der Europäischen Kommission durchgeführten Untersuchung verboten, was dazu führt, dass sie vom EU-Markt genommen und anschließend gespendet, recycelt oder zerstört werden. Nicht konforme Unternehmen könnten mit Geldstrafen belegt werden. Die Waren könnten wieder auf den Markt gebracht werden, wenn das Unternehmen die Zwangsarbeit aus seinen Lieferketten eliminiert.

Die Abgeordneten werden den Gesetzesentwurf am Montag diskutieren. Nach der Abstimmung am Dienstag werden die Berichterstatter Maria-Manuel Leitão-Marques (S&D, PT) und Samira Rafaela (Renew, NL) um 14.00 Uhr eine Pressekonferenz abhalten.

Debatte: Montag, 22. April

Abstimmung: Dienstag, 23. April

Verfahren: ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Pressekonferenz mit den Berichterstattern: Dienstag, 23. April um 14:00 Uhr

Weitere Informationen

[„Auf einen Blick“: Aktuelle EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Entwurf der Verordnung](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatter Maria-Manuel Leitão-Marques \(S&D, PT\)](#)

[Berichterstatterin Samira Rafaela \(Renew, NL\)](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(05.03.2024, auf Englisch\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Menschenhandel: Stärkung der Strafverfolgung und der Rechte der Opfer

Das Parlament stimmt über die erneuerten Vorschriften zur wirksameren Bekämpfung des Menschenhandels und zum Schutz seiner Opfer ab.

Nach der [Einigung zwischen Parlament und Rat](#) werden die Abgeordneten am Montag debattieren und am Dienstag abstimmen, um die geltenden Gesetze auf Zwangsheirat, illegale Adoption und Ausnutzung von Leihmutterchaft auszuweiten. Auch die Zerschlagung von kriminellen Organisationen und die Bestrafung von Unternehmen, die wegen Menschenhandels verurteilt werden, sollen ausgeweitet werden. Der Schutz und die angemessene Unterstützung der am stärksten gefährdeten Gruppen, darunter Frauen, Menschen mit Behinderungen und unbegleitete Kinder, haben in den aktualisierten Vorschriften Vorrang.

Debatte: Montag, 22. April

Abstimmung: Dienstag, 23. April

Verfahren: ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[„Auf einen Blick“ - Aktuelle EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Video der Pressekonferenz mit den Berichterstattern zur Vereinbarung mit dem Rat \(24.01.2024\)](#)

[Mitberichterstatterin für den Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter Eugenia Rodríguez Palop \(Die Linke, Spanien\)](#)

[Mitberichterstatterin für den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres Malin Björk \(Die Linke, Schweden\)](#)

[EP-Hintergrundbriefing - „Preventing and combating trafficking in human beings“ \(14.06.2023, auf Englisch\)](#)

[Ausschuss für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres](#)

[Ausschuss für die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter](#)

Israelische Angriffe auf Gaza

Am Dienstagnachmittag erörtern die Abgeordneten die Reaktion der EU auf die anhaltende Tötung von Zivilisten im Gazastreifen.

In einer Plenardebatte diskutieren die Abgeordneten über die Reaktion der EU auf die wiederholte Tötung von humanitären Helfern, Journalisten und Zivilisten durch die israelischen Streitkräfte im Gazastreifen.

Im März nahm das Parlament eine [EntschlieÙung](#) an, in der es vor der extremen Ernährungsunsicherheit und der drohenden Hungersnot in Gaza warnte. Die Abgeordneten bedauerten die katastrophalen Auswirkungen der Angriffe auf humanitäre Hilfslieferungen und Zivilisten im Gazastreifen, insbesondere auf Kinder, und forderten alle Parteien auf, diese Angriffe sofort einzustellen und eine unabhängige internationale Untersuchung durchzuführen.

Mehr als 33.000 Palästinenser wurden seit dem 7. Oktober 2023 durch israelische Angriffe auf den Gazastreifen getötet. Dies ist Teil der israelischen Reaktion auf den Angriff, bei dem militante Hamas-Kämpfer etwa 1.200 Menschen, hauptsächlich Zivilisten, im Süden Israels töteten und etwa 250 weitere entführten.

Debatte: Dienstag, 23. April

Verfahren: Erklärung des EU-Außenbeauftragten

Weitere Informationen

[Pressemitteilung](#) - „Foreign policy, security and defence: the EU should focus on strategic alliances“ (28.02.2024, auf Englisch)

[EntschlieÙung zur humanitären Lage im Gazastreifen, 18.01.2024](#)

[EP-Multimedia-Center, Situation in Israel und Gaza - Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Abgeordnete ziehen Bilanz über angebliche russische Einmischung im Parlament

Thema einer für Donnerstag geplanten EntschlieÙung sind die mutmaßlichen russischen Versuche der Beeinflussung im Parlament und in Bezug auf die bevorstehende Europawahl.

Kürzlich wurden Enthüllungen über eine russische Beeinflussungskampagne im Europäischen Parlament bekannt. So soll Moskau einzelne Abgeordnete bezahlt haben, um sich in die bevorstehende Europawahl einzumischen. Die Nachricht stand im Zusammenhang mit der Sanktionierung des Medienunternehmens "Voice of Europe" durch die tschechische Regierung als Teil einer pro-russischen Beeinflussungsaktion.

Die bevorstehende EntschlieÙung wird die bereits am 10. April geführte Plenardebatte abschließen.

Debatte: Mittwoch, 10. April

Abstimmung: Donnerstag, 25. April

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Russland: Debatte über Ergebnis der Präsidentschaftswahl

Am Donnerstag stimmt das Parlament über eine EntschlieÙung zur jüngsten, als inszeniert geltenden Präsidentschaftswahl in Russland ab.

Der amtierende russische Präsident Wladimir Putin, der seinen unrechtmäßigen Krieg in der Ukraine fortsetzt, erhielt offiziell 88,48 % der Stimmen. Dies geschah in Ermangelung einer glaubwürdigen demokratischen Opposition. Die Wahl am 15.-17. März wurde unter repressiven Bedingungen abgehalten, in denen rigoros gegen Oppositionelle vorgegangen wurde. Dies erfolgte kurz nach dem [Tod, unter mysteriösen Umständen, eines der bekanntesten russischen Oppositionsführer, Alexej Nawalny](#), in einer Gefängnisinsel in der Arktis.

Mit der Verabschiedung einer EntschlieÙung werden die Abgeordneten die Plenardebatte vom 10. April abschließen. Die EU hat ebenfalls die Durchführung sogenannter Wahlen in den vorübergehend von Russland besetzten Gebieten der Ukraine [scharf kritisiert und ihre Anerkennung verweigert](#).

In einer Debatte am Dienstag werden die Abgeordneten zudem Vertreter der Europäischen Kommission zu den jüngsten Bemühungen der EU befragen, eingefrorene russische Vermögenswerte zu konfiszieren und sie zur Unterstützung der Ukraine zu verwenden.

Debatten: Mittwoch, 10. April (EntschlieÙung zur Präsidentschaftswahl); Dienstag, 23. April (russische Vermögenswerte)

Abstimmung: Donnerstag, 25. April (EntschlieÙung zur Präsidentschaftswahl)

Verfahren: Nichtlegislative EntschlieÙung

Weitere Informationen

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Schnellere grenzüberschreitende Ermittlungen bei Verkehrsdelikten

Um rücksichtsloses Fahren im EU-Ausland zu verhindern, wollen die Abgeordneten die Liste der strafbaren Verstöße von gebietsfremden Fahrern erweitern und Schlupflöcher schließen.

Rund 40 % der grenzüberschreitenden Verkehrsdelikte bleiben derzeit ungeahndet. Die Abgeordneten wollen erreichen, dass die EU-Länder künftig stärker zusammenarbeiten und sich gegenseitig bei der Ermittlung von Personen helfen, die für ein Verkehrsdelikt verantwortlich sind.

Nach den neuen Regeln, die informell mit dem Rat vereinbart wurden, werden zusätzlich zu Geschwindigkeitsübertretungen, Alkohol am Steuer oder dem Überfahren einer roten Ampel neue Straftatbestände wie gefährliches Parken und Überholen, das Überfahren einer durchgezogenen Linie und Fahrerflucht grenzüberschreitende Unterstützung auslösen, die zu einer Geldstrafe für gefährliche Fahrer führen kann. Das EU-Land, in dem das Verkehrsdelikt begangen wurde, kann innerhalb von elf Monaten ab dem Datum des Delikts einen Bescheid über ein Verkehrsdelikt ausstellen.

Abstimmung: Mittwoch, 24. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren (Mitentscheidungsverfahren), Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Pressemitteilung zur Vereinbarung mit dem Rat \(12.03.2024\)](#)

[Vereinbarter Text](#)

[Berichterstatter Kosma Złotowski \(EKR, PL\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[EP-Hintergrundbriefing - „Cross-border exchange of information on road safety-related traffic offences“ \(April 2024, auf Englisch\)](#)

Ökodesign: Nachhaltige Produkte sollen zur Norm werden

Neue "Ökodesign"-Maßnahmen sollen dafür sorgen, dass in der EU verkaufte Produkte langlebiger sind und sich leichter reparieren, nachrüsten und wiederverwerten lassen.

Das Gesetz, mit den EU-Ländern bereits [vorläufig vereinbart](#), befasst sich mit einer Reihe von Produktgruppen wie Eisen, Stahl, Aluminium, Textilien, Möbel und Reifen, deren spezifische Nachhaltigkeitsanforderungen in [sekundären Rechtsvorschriften](#) festgelegt werden. Die Vernichtung von unverkaufter Kleidung und Schuhen wird verboten. Digitale „Produktpässe“ mit genauen und aktuellen Informationen werden es den Verbrauchern ermöglichen, fundierte Kaufentscheidungen zu treffen.

Hintergrund

Die überarbeiteten Ökodesign-Vorschriften, die [von der Kommission im März 2022 vorgeschlagen](#) wurden, schaffen einen allgemeinen Rahmen für die Festlegung von Nachhaltigkeitsanforderungen. Sie sind Teil eines Pakets zur [Kreislaufwirtschaft](#) und werden für fast alle Produkte auf dem Binnenmarkt gelten (ausgenommen Lebensmittel, Futtermittel, Medizinprodukte und lebende Organismen).

Abstimmung: Dienstag, 23. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[Vorläufiges Abkommen \(auf Englisch\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichterstatterin Alessandra Moretti \(S&D, IT\)](#)

[Weitere Informationen zu Inhalt und Verfahren \(auf Englisch\)](#)

[EP-Hintergrundinformationen - „Ecodesign for sustainable products“ \(February 2024, auf Englisch\)](#)

[EP-Multimedia-Center: Kostenlose Fotos, Video- und Audiomaterialien](#)

Europäischer Behindertenausweis und Parkausweis

In einer Debatte am Dienstag und Abstimmung am Mittwoch wollen die Abgeordneten den ersten EU-weiten Behindertenausweis und Parkausweis für Menschen mit Behinderungen annehmen.

Die neuen Regeln, auf die sich das Parlament und der Rat bereits geeinigt haben, sollen einen EU-weiten Behindertenausweis einführen, um sicherzustellen, dass Menschen mit Behinderungen bei kurzzeitigen Reisen gleichberechtigten Zugang zu Sonderkonditionen haben, wie z.B. ermäßigte oder kostenlose Eintrittspreise, vorrangigen Zugang und Zugang zu reservierten Parkplätzen. Beide Ausweise gewähren den Inhabern, ihren Begleitpersonen und Tieren, die sie begleiten, Zugang zu den meisten Konditionen, die auch für Inhaber nationaler Ausweise gelten.

Ebenfalls am Dienstag debattieren die Abgeordneten über die Ausweitung des EU-Behindertenausweises und des Parkausweises auf Drittstaatsangehörige, die sich legal in den Mitgliedstaaten aufhalten, einschließlich Asylbewerber und Staatenlose. Die Abstimmung über das vorläufige Abkommen ist für Mittwoch geplant.

Debatte: Dienstag, 23. April

Abstimmung: Mittwoch, 24. April

Verfahren: Ordentliches Gesetzgebungsverfahren, Einigung in erster Lesung

Weitere Informationen

[„Auf einen Blick“ - Aktuelle EP-Hintergrundinformationen zum Thema](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(09.02.2024, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat über die Ausweitung der EU-](#)

[Behindertenausweisregeln auf Drittstaatsangehörige in der EU \(04.03.2024, auf Englisch\)](#)

[EP Think Thank Briefing: "Der Europäische Behindertenausweis und der Europäische Parkausweis" \(Februar 2024\)](#)

EU-Hilfen für entlassene Arbeitnehmer in Dänemark und Deutschland

Die Abgeordneten wollen 1,9 Millionen Euro für 390 entlassene Schlachthaus-Arbeiter in Dänemark und 3 Millionen Euro für 835 Stahlarbeiter in Deutschland bewilligen.

Das Parlament wird am Donnerstag über die Anträge Dänemarks und Deutschlands auf Unterstützung durch den [Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung](#) (EGF) abstimmen.

390 Beschäftigte des Fleischverarbeitungsunternehmens "Danish Crown", die durch die Schließung des Schlachthofs in Sæby ihren Arbeitsplatz verloren haben, sollen 1,9 Mio. Euro an EU-Hilfen erhalten. [Weitere Informationen zum Antrag Dänemarks hier](#)

835 Beschäftigte der Vallourec Deutschland GmbH, die durch die Schließung der deutschen Rohrwerke des Unternehmens ihren Arbeitsplatz verloren haben, sollen fast 3 Millionen Euro an EU-Hilfen erhalten. [Weitere Informationen zum Antrag Deutschlands hier](#)

Die Mittel sind für maßgeschneiderte Unterstützung für die Arbeitnehmer bestimmt, einschließlich Hilfe bei der Arbeitssuche und Schulungen.

Abstimmung: Mittwoch

Verfahren: Haushalt

Weitere Informationen

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Dänemark\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten \(Deutschland\)](#)

[Haushaltsausschuss](#)

Weitere Tagesordnungspunkte

Weitere Themen auf der Tagesordnung

- Entschließung zur Rechtsstaatlichkeit in Ungarn (als Abschluss der [Debatte vom 10. April](#)), Abstimmung Mittwoch
- [Verlängerung der Maßnahmen zur Liberalisierung des Handels zugunsten der Ukraine](#), Abstimmung Dienstag
- Maßnahmen zur Reduzierung der Kosten des Ausbaus von Gigabit-Netzen für die elektronische Kommunikation ([Gigabit-Infrastruktur-Verordnung](#)) - Bericht: Alin Mituța, Abstimmung Dienstag
- [Aufbau eines transeuropäischen Verkehrsnetzes](#) - Bericht: Barbara Thaler, Dominique Riquet, Abstimmung Mittwoch
- [Europäischer Raum für Gesundheitsdaten](#) - Bericht: Tomislav Sokol, Annalisa Tardino, Abstimmung Mittwoch
- [Regeln für angemessenes Verhalten](#): Verpflichtende [Schulungen für Mitglieder des Europäischen Parlaments](#) zur Vermeidung von Konflikten und Belästigung am Arbeitsplatz, Abstimmung Mittwoch
- [Vermeidung der Freisetzung von Kunststoffgranulat zur Verringerung der Umweltverschmutzung durch Mikroplastik](#) - Bericht: João Albuquerque, Debatte Montag, Abstimmung Dienstag
- [Qualitäts- und Sicherheitsstandards für zur Verwendung beim Menschen bestimmte Substanzen menschlichen Ursprungs](#) - Bericht: Nathalie Colin-Oesterlé, Abstimmung Mittwoch
- Rahmen für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems der Fertigung von Netto-Null-Technologieprodukten ([Netto-Null-Industrie-Verordnung](#)) - Bericht: Christian Ehler, Debatte und Abstimmung Donnerstag
- [Rücktritt der Union vom Vertrag über die Energiecharta](#), Bericht: Anna Cavazzini und Marc Botenga, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- [Bekämpfung von Zahlungsverzug im Geschäftsverkehr](#) - Bericht: Róza Thun und Hohenstein, Abstimmung Dienstag, Pressekonferenz Dienstag
- [Einrichtung der Reform- und Wachstumsfazilität für den Westbalkan](#) - Bericht: Tonino Picula, Karlo Ressler, Debatte und Abstimmung Dienstag
- [Entwurf des Berichtigungshaushaltsplans Nr. 1 zum Gesamthaushaltsplan 2024](#) – Erforderliche Berichtigung des Haushaltsplans 2024 aufgrund der Revision des MFR - Bericht: Siegfried Mureșan, Abstimmung Donnerstag
- [Zahlungsdienste im Binnenmarkt](#) - Bericht: Marek Belka, und: [Zahlungsdienste und E-Geld-Dienste im Binnenmarkt](#) - Bericht: Ondřej Kovařík, Abstimmungen Dienstag
- „[Cyber Solidarity Act](#)“: Maßnahmen zur Stärkung der Solidarität und der Kapazitäten in der Union für die Erkennung, Vorsorge und Bewältigung von Cybersicherheitsbedrohungen und -vorfällen - Bericht: Lina Gálvez Muñoz, Abstimmung Mittwoch
- [Notfallinstrument für den Binnenmarkt](#) - Berichte: Andreas Schwab, Abstimmungen Mittwoch
- [Vorab übermittelte Fluggastdaten](#) - Berichte: Jan-Christoph Oetjen, Assita Kanko, Abstimmungen Mittwoch
- [Mit bestimmten neuen genomischen Techniken gewonnene Pflanzen](#) und die aus ihnen gewonnenen Lebensmittel und Futtermittel - Bericht: Jessica Polfjärd, Abstimmung am Mittwoch
- [Schengener Grenzkodex](#) - Bericht: Sylvie Guillaume, Abstimmung am Mittwoch
- Schadstoffe in Oberflächengewässern und im Grundwasser - Bericht: Milan Brglez, Abstimmung Mittwoch

- [Pflanzenvermehrungsmaterial und forstliches Vermehrungsgut](#) - Berichte: Herbert Dorfmann, Debatte Dienstag, Abstimmung Mittwoch
- [Transparenz und Integrität von Rating-Tätigkeiten in den Bereichen Umwelt, Soziales und Governance \(ESG\)](#) - Bericht: Aurore Lalucq, Abstimmung Mittwoch
- [Einstufung, Kennzeichnung und Verpackung von Stoffen und Gemischen](#) - Bericht: Maria Spyraiki, Abstimmung Dienstag
- [Festlegung eines Rahmens für die Sanierung und Abwicklung von Versicherungs- und Rückversicherungsunternehmen](#) - Bericht: Markus Ferber, Abstimmung Dienstag
- [Bankenunion](#) - Berichte: Jonás Fernández, Debatte Mittwoch, Abstimmung Donnerstag
- [Änderung der Verordnung \(EU\) 2016/2031 über Maßnahmen zum Schutz vor Pflanzenschädlingen](#) - Bericht: Clara Aguilera, Abstimmung Mittwoch
- [Untersuchungsrecht des Europäischen Parlaments, Mündliche Anfragen Rat/Kommission](#), Debatte Mittwoch
- [Verordnung über Einfuhr-, Ausfuhr- und Durchfuhrmaßnahmen für Feuerwaffen, deren wesentliche Bestandteile und Munition \(Neufassung\)](#), Lange, Abstimmung Dienstag
- [Der Angriff auf Klima und Natur: Rechtsextreme und konservative Versuche, den Green Deal zu zerstören und Investitionen in unsere Zukunft zu verhindern](#), aktuelle Debatte Mittwoch
- [Strategische und umfassende Partnerschaft EU-Ägypten und Abkommen mit wichtigen Drittländern](#), Erklärungen des Rates und der Kommission, Dienstag
- [Versuche zur Wiedereinführung eines Gesetzes über ausländische Agenten in Georgien und dessen Einschränkungen für die Zivilgesellschaft](#), Erklärung des EU-Außenbeauftragten, Dienstag
- [Lage in Haiti](#), Erklärung des EU-Außenbeauftragten, Dienstag
- [Erklärung von La Hulpe über die Zukunft des sozialen Europas](#), Erklärungen des Rates und der Kommission, Mittwoch
- [Gemeinsam eine nachhaltige Zukunft gestalten: wirtschaftliche, soziale und territoriale Herausforderungen für ein wettbewerbsfähiges, von Zusammenhalt geprägtes und integratives Europa](#), Erklärungen des Rates und der Kommission, Mittwoch
- [Reformen im Vorfeld der Erweiterung und Überprüfung der Politik](#), Erklärung der Kommission, Donnerstag